

**(Nicole Ludwig)**

Doch brauchen wir eine Form, die unbürokratisch und transparent ist, eine City-Tax, die praktikabel und rechtsicher ist, die die Akzeptanz der Gesellschaft findet und die selbstverständlich Jugendliche unter 18 Jahren ausnehmen muss.

[Beifall bei den GRÜNEN]

Im Moment hat es nicht den Anschein, als ob Sie versuchen würden, hier einen gangbaren Weg zu finden. In den insgesamt vier Ausschüssen werden wir aber die Gelegenheit nutzen, mit Ihnen über Anpassungen und mögliche Rechtswege zur Vereinfachung der Abgabe zu diskutieren. Aus unserer Sicht gibt es da Möglichkeiten, denn es sind noch zwei Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht anhängig, und es ist durchaus nicht ausgeschlossen, dass der Weg z. B. über eine Sonderabgabe dann wieder relevant wird – wenn er denn von Ihnen, Herr Nußbaum, überhaupt politisch gewollt ist.

Aus unserer Sicht liegen die Vorteile einer Sonderabgabe auf der Hand: Die Abgabe vereinfacht die Abrechnung im Hotel und bei Pauschalreisen erheblich. Die Abgabe ist transparent und nachvollziehbar. Sie müssten keine Trennung zwischen Privat- und Geschäftsreisenden vornehmen, und letztlich kann die Abgabe zweckgebunden für Kultur und touristische Infrastruktur eingesetzt werden.

Unser Ziel in den Ausschussberatungen ist daher klar: Wir wollen eine Tourismusabgabe, die umsetzbar ist, juristisch wasserdicht und vor allem von der Stadtgesellschaft mitgetragen ist, für den Erhalt von Berlins vielfältiger Kulturszene und für eine nachhaltige Tourismusentwicklung in Berlins Kiezen. – Danke!

[Beifall bei den GRÜNEN –  
Beifall von Katrin Lompscher (LINKE)]

**Präsident Ralf Wieland:**

Vielen Dank! – Für die SPD-Fraktion jetzt der Kollege Schneider.

**Torsten Schneider (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist heute nicht das erste Mal, dass wir erleben, dass es der Opposition relativ schwerfällt, hier etwas zu kritisieren, was wir ihr vorlegen.

[Christopher Lauer (PIRATEN): Bitte nicht verallgemeinern!]

– Sie können ja noch den Beweis antreten, Herr Kollege Lauer, dass es auch anders geht. – Wir hatten es heute schon mal mit Blick auf den Rückkauf der Wasseranteile von Veolia, wo wir gemeinsam feststellen mussten, dass es hier eine Strategiewerschiebung gibt. Nachdem Sie das also kritisiert haben und den Klageweg vorgeschlagen hatten, nähern Sie sich jetzt unserer Position an. Das

nehmen wir ja zur Kenntnis, das aber als eigenen Erfolg zu feiern, ist schon ein bisschen lustig.

Hier ist es so: Sie haben ein gepflegtes Sowohl-als-auch zum Ausdruck gebracht. Hallo, Frau Kosche! Sie wollen die Bettensteuer, und das nehmen ich und unsere Fraktion zur Kenntnis. Sie haben auch unseren Koalitionsvertrag zitiert. Aber Sie schlagen jetzt, wenn ich das richtig verstanden habe, eine Sonderabgabe vor. Das spiegelt möglicherweise wider – und damit komme ich zum vorliegenden Gesetzesentwurf –, was hier in dem Diskurs vorgebracht wird, den wir seit zwei Jahren auch öffentlich führen – nicht mit der Stadtgesellschaft, wie Sie das hier ausdrücken – das ist eine Zuschreibungsfrage –, sondern mit dem Hotel- und Gaststättenverband, der sich jetzt hier zur Stadtgesellschaft erklärt. Das ist ein beliebtes Spiel, das kann ich ja auch verstehen.

Da ist im Wesentlichen der Fokus: Keine Gesetzesdebatte mehr, sondern nach unserer Wahrnehmung eine reine Preisdebatte! – Da geht es um die kleinteilig scheinende Frage: Wo wird die City-Tax ausgewiesen – vor oder nach der Umsatzsteuer? – So hört sich das salopp an. Es geht nämlich um die Frage: Müssen die Hotels den Preis selbst umsetzen, müssen sie die Preise erhöhen, oder bleibt das bei ihnen hängen? – Das wollen sie gern von uns abgenommen bekommen, und genau das werden wir ihnen nicht abnehmen können.

Ich erinnere in diesem Kontext an die Umsatzsteuerprivilegierung um 12 Umsatzsteuerpunkte – die sogenannte Mövenpick-Steuer. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das bundesweit dazu geführt hätte, dass die Übernachtungspreise in diesem Kontext signifikant gesunken wären. Wenn man jetzt den umgekehrten Weg beschreitet, kann ich überhaupt keine Veranlassung erkennen, warum das hier anders sein sollte. Es bleibt den Hoteliers ja überlassen, das durch Preisanpassungen aufzufangen und dann diejenigen zu treffen, die wir adressieren.

Da gibt es klare Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichtes – das ist ja erwähnt worden –, die nämlich sagen: Ihr dürft nicht das tun, was ihr gern tun würdet – ich persönlich und auch die meisten hier im Raum –, nämlich alle zu adressieren. Ihr müsst die Geschäftsreisenden herausnehmen. – Das hat zwei Folgen. Folge eins: Man darf sie danach fragen, denn sonst könnte ja das Bundesverwaltungsgericht eine solche Vorgabe nicht machen. Das wird jetzt natürlich bestritten, aber das Finanzgericht Hamburg hat das anders entschieden. Die Frage ist also datenschutzrechtlich zulässig, sodass am Ende übrig bleibt: Wir müssen die Geschäftsreisenden herausnehmen und dürfen sie fragen. – Das bedeutet: Wir werden es mit Privatreisenden zu tun haben.

Jetzt höre ich neuerdings: Was ist denn mit den Minderjährigen, mit den Bildungsreisenden? – Gut! Das gucken wir uns an. In Bremen ist das so vorgesehen, allerdings

**(Torsten Schneider)**

dann auch beklagt. Ich meine das jetzt nicht im Sinne einer juristischen Auseinandersetzung, sondern beklagt unter Gleichbehandlungsgesichtspunkten. Wir haben als oberste Prämisse: Wir wollen diese Steuer, um unsere Einnahmeseite zu fokussieren, und wenn es möglich ist, dabei sinnvolle Privilegierungen vorzunehmen, dann werden wir das im Diskurs mit Ihnen möglicherweise noch erarbeiten. Aber dass die Steuer als solche unter Druck kommt, das ist mit uns nicht zu machen.

Damit komme ich zu den Überweisungsanträgen. Wir haben vier Überweisungen vorgesehen: in den dafür zuständigen Hauptausschuss – das dürfte auf der Hand liegen –, allerdings auch in den Wirtschaftsausschuss, um die Bedenken aufzugreifen, ob sich das wirklich wirtschaftsfeindlich auswirkt – was wir nicht erkennen können –, in den Rechtsausschuss und in den ITDat-Ausschuss. Denn der Datenschutzbeauftragte hat ja diejenigen Bedenken formuliert, die in Hamburg vom Finanzgericht abgewiesen wurden.

Ich kann also zusammenfassend sagen: Eine Steuer zu erheben, ist nie für alle ein freundlicher Akt, und immer werden sich die Betroffenen dagegen wehren. Aber unter dem Aspekt, der uns auferlegt ist, nämlich nicht nur die Ausgaben zu betrachten, sondern auch die Einnahmen zu erhöhen – das wird landauf, landab gefordert, und deswegen nenne ich das auch gern Söder-Pfennig, über den wir hier reden –, ist das unabweisbar, und wir wollen das auch so. Wir möchten diese 20 bis 25 Millionen Euro für den Landeshaushalt Berlin vereinnahmen, und ich bin sehr zuversichtlich – so sind ja die Signale allenthalben –, dass wir da einen gemeinsamen Weg finden und dann vielleicht sogar zu einer konsensualen City-Tax kommen.

Letztes Wort: Ich sehe den 1. Juli nicht. Auch in unserer Fraktion sieht den 1. Juli niemand. Wir wollen eine seriöse Beratung, und ich bin sehr froh, wenn wir am 1. Januar mit dieser Steuer um die Ecke kommen, wenn wir nämlich den neuen Haushalt hier aufrufen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

[Beifall bei der SPD, der CDU und den PIRATEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Das war auf die Sekunde genau. – Frau Matuschek für die Fraktion Die Linke – bitte schön, Sie haben das Wort!

**Jutta Matuschek (LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Anfang der Geschichte der City-Tax steht die katastrophale Lage der kommunalen Haushalte. Weil die Kommunen arm sind und ihre Ausgaben nicht mehr decken können, kommen sie auf die Idee, neue Steuern und Abgaben einführen zu wollen. Das ist die Geschichte der City-Tax,

und es ist übrigens auch die Begründung, weshalb sie in Berlin eingeführt werden soll.

Merkwürdigerweise wird das Fell schon verteilt, bevor der Bär erlegt wurde. Heftigste Streitereien gibt es über die Einnahmeverteilung. Die ganze Diskussion kommt mir ein bisschen so vor wie die Geschichte vom Bumerang:

War einmal ein Bumerang;  
War ein Weniges zu lang.  
Bumerang flog ein Stück,  
Aber kam nicht mehr zurück.  
Publikum – noch stundenlang –  
Wartete auf Bumerang

Das ist von Ringelnatz, nicht von mir. Nicht, dass Sie denken, ich sei jetzt unter die Dichter gegangen!

[Torsten Schneider (SPD): Wir haben uns schon gewundert, Frau Matuschek!]

Es handelt sich bei der Gesetzesvorlage um eine indirekte Steuer und im eigentlichen Sinn um eine reine Hotelsteuer. Diejenigen, die getroffen werden sollen, die Touristen, werden nicht direkt getroffen – deswegen auch indirekte Steuer. Da fängt der Streit dann auch tatsächlich an, und da haben die Hoteliers eine gute Berechtigung, sich darüber zu erregen, dass sie dafür in Haftung genommen werden, wenn doch die Touristen getroffen werden sollen.

Zu meinem zweiten Punkt: Diese indirekte Steuer ist eben nicht getrieben durch den Versuch, die erfreulichen Touristenzahlen noch weiter zu steigern, und durch die Absicht, die wachsenden Ausgaben für touristische Infrastruktur, Werbung, Nahverkehr und vor allem Kultur zu decken, sondern sie ist getrieben aus dem rein fiskalischen Aspekt, dass diese City-Tax in der Sanierungsvereinbarung mit dem Stabilitätsrat definiert wurde. Das ist die Triebfeder dieses Gesetzes, und es kommt hinzu, dass es trotz jahrelanger Prüfung immer noch mit heißer Nadel gestrickt ist. Die rechtlichen Auseinandersetzungen sind noch lange nicht beendet, und nach meinem Ermessen ist auch kein positiver Ausgang zu sehen.

Ich denke, das müssen wir in den Ausschüssen sicherlich noch besprechen, aber es bleibt zu konstatieren: Dieses Gesetz so, wie es jetzt hier vorliegt, trifft die Falschen, ist ein bürokratisches Monstrum und schadet mehr, als dass es hilft. Das ist in den Ausschüssen zu diskutieren. – Vielen Dank!

[Beifall bei der LINKEN]

**Präsident Ralf Wieland:**

Danke schön! – Für die CDU-Fraktion Herr Kollege Goiny – bitte schön!